

Richard Höhmann

(Mülheim a. d. Ruhr, Sekretär für Bildung und Theorie im DKP-PV)

Vortrag auf der MES Tagung „Antifa(schismus) als Herrschaftsinstrument?“

Titel:

Antifaschismus und die Honigfalle unscharfer Begriffe

Vorbemerkung:

Ich konzentriere mich in meinem Referat bewußt auf Probleme und Fragestellungen die zur Zeit in antifaschistischen- und Friedensbündnissen zu heftigen Auseinandersetzungen geführt haben. Stichworte dazu sind „Querfront“, „rechtsoffen“ usw. Nicht eingehen werde ich aus Zeitgründen auf Aspekte des auch unter der Ampelkoalition fortschreitenden Festigung und Ausbau des autoritären Sicherheitsstaates, obwohl dieses Thema in der Friedens- und Antifabewegung Beachtung finden müßte.

Der Titel meines Vortrags lautet „Antifaschismus in der Honigfalle unscharfer Begriffe“.

Vielleicht wundert sich die eine oder der andere darüber und findet das merkwürdig.

Vielleicht geht auch bei dem Wort „Honigfalle“ das Kopfkino los und James Bond oder Emma Peel tauchen auf. Das wäre dann kein Zufall ! Honigfalle, das ist eine nicht nur in Geheimdienstkreisen eingesetzte Strategie. Laut Wörterbuch der Begriffe geht es darum jemand „mittels vorgespielter Zuneigung...zur Mitarbeit zu bewegen“.

Es geht um Illusionen und scheinbares Einvernehmen. Das hat wenig mit Verschwörungstheorie zu tun sondern ist die ausgeklügelte Kunst der Beeinflussung und auch gängiger Bestandteil nicht nur der Geheimdienste sondern auch des professionellen Politikmarketings.

Es geht um die Vermittlung guter Gefühle. Genutzt als zuckriger Kleber und mentaler Fliegenfänger für die Durchsetzung und Zustimmung bestimmter Politik. Es ist die Droge in der Echokammer abgehobener politischer Raumschiffe. Eine Droge mit Folgen.

Je unschärfer die Analyse, je beliebiger die Begriffe, je schneller und steiler wird die Rutsche in den Sumpf opportunistischer Anbiederei

Es erfüllt sich wovor schon 2016 der Parteienforscher Wolfgang Merkel in der Zeit-Online warnte: „Die junge, intellektuelle Linke hat den Bezug zu der Unterklasse im eigenen Land fast gänzlich verloren.“ Die Frage danach, wie sich gesellschaftlicher Wohlstand gerecht verteilen lasse, der Wesenskern linker Politik, sei heute fast gänzlich in den Hintergrund getreten. Stattdessen dominierten kulturelle und identitätspolitische Themen.

Das erschwert die Doppelaufgabe antifaschistischen Handelns, auf die Hans-Jürgen Urban von der IG Metall zu Recht hinweist:

»So wichtig die klare Kante gegen die Ideologen, Organisatoren und Galionsfiguren der rechten Bewegungen ist: Genauso wichtig ist ein Angebot an diejenigen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, die täglich vom sozialen Abstieg bedroht sind und die ihre Lebensbiographie entwertet und verraten sehen.«

Das betrifft Arbeiterklasse, aber auch in zunehmendem Maße die Mittelschicht.

Wenn wir das was Hans-Jürgen Urban da fordert umsetzen wollen, müssen wir aufhören, in den Phrasen des Politikmarketings und der selbstbezogenen Echokammern zu denken und zu reden. Das verringert zwar im ersten Moment den Wohlfühl-Faktor und erhöht die Anzahl der Beulen am Helm. Es hilft aber den Kopf frei zu machen. Erlaubt genauer hinschauen. Sauber zu analysieren und nicht über die Stöckchen springen die andere uns hinhalten.

Schauen wir uns solche Stöckchen an:

Ein solches Stöckchen ist die allenthalben ertönende Mahnung vor einer Querfront.

Um es unmissverständlich und in aller Deutlichkeit zu sagen:

Querfrontstrategien, wie sie von Elsässer und Co. Betrieben werden, muss eine deutliche Absage erteilt werden. Es muss ohne wenn und aber alles unternommen werden, damit faschistischen, offen rassistischen oder Faschisten in ihren Reihen dulden Organisationen keinerlei Spielraum für ihre Entfaltung gegeben wird.

Aber das hingehaltene Stöckchen will was anderes:

Es will diese richtige und notwendige Orientierung denunziatorisch missbrauchen Es will dass wir anderen vorschnell Etiketten auf die Stirn kleben, beschriftet mit unbestimmten Begriffen wie „rechtsoffen“, „rechts-esoterisch“ oder ähnlichem.

Das Stöckchen will nicht das wir uns die wichtige Fragen stellen. Denn was klären solche unbestimmten Begriffe? Sie klären so gut wie nichts! Sie bleiben im ungefähren - und sind frei interpretierbar und beliebig einsetzbar. Sie machen, wenn überhaupt, ein gutes Gefühl. Honigfalle eben!

FRIEDEN-LINKS sagt in seinen Thesen zurecht:

„Aktuell werden links und rechts als politische Koordinaten durch eine totalitäre Meinungsmache der politischen „Mitte“ demontiert. Mittlerweile gilt als „rechts“ nahezu jegliches vom Normativen abweichende Verhalten.“

Schlimmer noch:

Solch unbestimmte Begriffe wie „rechtsoffen“ usw. verwischen die dringend notwendige Trennschärfe zum Faschismus, indem Grenzen verwischt werden.

Sie tragen objektiv dazu bei den Faschismusbegriff zu entpolitisieren. Mit einem so verharmlosten und entpolitisierten Faschismusbegriff läßt sich dann nach belieben jedem missliebigen Potentaten und Regime ein Hitlerbärtchen ankleben.

Ein schlimmes Beispiel ist Bodo Ramelow in seinem Interview in der FAZ. Ramelow sagt über den Rentner Romantschenko, den die Nazis 1943 in ein KZ gesteckt haben und der bei einem russischen Luftangriff auf Charkow ums Leben kam „Was Hitler nicht geschafft hat, hat Putin jetzt vollzogen.“

Florian Warweg von den NACHDENKSEITEN ist zuzustimmen wenn er feststellt:

„Diese Aussage ist mit ihrer Implikation ungeheuerlich. Er setzt nicht nur den NS-Vernichtungsfeldzug mit weit über 20 Millionen getöteten Sowjetbürgern mit den kriegerischen Handlungen des heutigen Russlands gleich, sondern impliziert durch seine Wortwahl, dass Putin in der Endkonsequenz sogar schlimmer sei als Hitler. (...) Mehr Geschichtsrevisionismus und Relativierung des NS-Regimes gehen eigentlich nicht. Strack-Zimmermann, Hofreiter und Konsorten schauen wohl gerade voll Neid auf diese sprachliche Eskalationsleistung.“

Ein weiteres Beispiel ist Annalena Baerbock die ihre Kriegstreiberei als wertebasierte „feministischen Aussenpolitik“ verkauft.

Wirkung erzielt diese wertebasierte Integrationsstrategie bis weit in die antifaschistische und Friedensbewegung.

Die diversen Stöckchen haben ein klares Ziel: Eingefangen und eingehegt werden soll eine breite Massens Stimmung. Verfahren wird nach der alten Angler-Weisheit: „Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.“ Schmecken soll es einem hippen Mainstream, der sich identitätspolitisch und linksliberal ausrichtet. Große Teile der Führungsmannschaft der Linkspartei gehören dazu verlangen beim schwimmen um den Angelhaken schon Nachschlag. Siehe Ramelow.

Warum erzähle ich das?

Will man über Faschismus und antifaschistischer Strategie sprechen muss man zugleich über zwei Dinge sprechen. Denn diese sind eng miteinander verwoben und verbunden:

Man muss sprechen über den Krieg und die dahinterliegenden reaktionären Strategien.

Und man muss sprechen über die gesellschaftlichen Strukturen, die ihn gesetzmäßig hervorbringen und für die der Faschismus eine mögliche Herrschafts-Variante sein kann. Ich betone k a n n – und sage nicht muss!

Ich rede hier vom Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium.

Sinnbildlich standen Flick, die IG Farben, die Deutsche Bank und andere Konzerne für den Zusammenhang von Faschismus und Finanzkapital. Diesen Zusammenhang zu sehen und zu denken scheint zunehmend verloren zu gehen. Faschismus verliert sich in der Wahrnehmung vieler Engagierter im Dunkelfeld „irgendwo dort hinten“, irgendwie „ganz rechts“. Erscheinungsformen werden häufig für das Wesen genommen. Es verwundert nicht, dass die faschistische Gefahr zunehmend und ausschließlich bei den Personen verortet wird, der rechtes Gedankengut äußern.

Hinzu kommt:

Die aktuelle antifaschistische Bewegung in Deutschland ist deutlich fixiert auf bestimmte Bilder und Erscheinungsformen. Wir erwarten Faschismus in den Formen und Anmutungen von gestern. Der Blickwinkel wird dadurch verengt. Die Analyse fehleranfällig.

Dabei hatte der marxistische Faschismusforscher Kurt Gossweiler hatte schon 1976 den Hinweis gegeben:

„Theorien, die den Faschismus als spontane autonome kleinbürgerliche Massenbewegung betrachten, (engen) ihr Gesichtsfeld in gefährlicher Weise ein; sie nehmen einen Teil für das Ganze und lassen die Hauptsache außer acht.“

Für sie ist das Maß für die faschistische Gefahr nicht die Intensität der Demokratiefeindlichkeit des Finanzkapitals und der Grad seiner Entschlossenheit, seine Positionen durch Errichtung einer Form der faschistischen Diktatur zu festigen, sondern die Größe und Stärke faschistischer Parteien und Bewegungen. Sie erwarten also die faschistische Gefahr immer noch auf dem Wege von gestern, obwohl Griechenland und Chile gezeigt haben, daß im Zeichen der imperialistischen Militärpakte der Faschismus auch auf neuen Wegen an die Macht gebracht wird.“

Will man ernsthaft faschistoide Entwicklungen im Blick haben muss man weg von Erwartungen, die geprägt sind durch bekannte Muster. Man muss tiefer bohren.

In diesem Sinne provoziere ich jetzt einmal und zwar ganz bewußt. Ich zitiere Peter Hacks aus dem Jahr 1992. Das Zitat ist aus einem Gespräch mit dem österreichischen Theatermann Frank Tichy. Hacks sagt , die Konterrevolution in der DDR reflektierend, den Höhenflug der DVU des Herrn Frey und der Republikaner von Schönhuber vor Augen zur Gefahr eines aufkommenden Faschismus:

„Alle kapitalistischen Parteien sind ein Federbett und ein Hintergrund und ein Nährboden, aber sie sind nicht geeignet, die Organisation hervorzubringen. Sondern dazu braucht man zunächst eine Splittergruppe, die sich entschließt, dieses Geschäft zu übernehmen. Ich nehme an, in Deutschland werden es die Grünen und dieses Bündnis 90 sein. Also, es werden nicht die Nazis von Herrn Frey und es werden nicht die Nazis von Herrn Schönhuber sein, sondern es werden die sein. Also, die sind der Schoß, aber der Schoß ist nicht die Sache. Und die Sache muß irgendwo aus einer Keimzelle keimen, das ist ein Gesetz: Wer einmal geschlagen ist, kann nicht unter demselben Namen wiederkommen. Der braucht eine neue Maske. Deshalb glaube ich auch, daß eben nicht in Deutschland die beiden Naziparteien die Keimzelle werden, sondern jemand, auf den man nicht kommt. Und diese weinenden Kleinbürgerorganisationen, die gegen alles sind und überhaupt nicht wissen, wofür sie sind, die eignen sich. Es ist ein bißchen Prophezeiung drin. Wir werden es sehen.“¹ Peter Hacks: Marxistische Hinsichten. Seite 302. Gespräch mit Tichy.

Diese Prophezeiung von Hacks ist wie gesagt eine bewußte Provokation.

Man hört sie, man stutzt - holt tief Luft. Man möchte es wie eine kleine Klette mit einer leichten Handbewegung vom Ärmel wischen. Aber sie verhakt sich , verfängt sich – letztendlich bleibt ein wenig hängen über das man nachdenkt.

Worüber man nachdenkt?

Wahrscheinlich nicht darüber ob die Grünen eine profaschistische Partei sind. Das hielte ich für falsch. Das ist auch nicht das Thema.

Vielleicht trägt das Hacks Zitat aber dazu bei den „inneren Farbkasten“ ein wenig durcheinander zu wirbeln. In dem Wirbel merken wir vielleicht: Nicht nur die vor Jahren gepredigte Illusion von R2G als progressivem Block, den es anzustreben sei, hat sich ins Nirwana verflüchtigt. Nichts scheint wie gewohnt, vieles scheint nicht mehr zu stimmen. Weder die Farbenlehre noch die gewohnten Verortungen in rechts und links.

Und vielleicht provoziert Hacks ein Zweites: Das Nachdenken auch darüber, ob es aktuell zur Durchsetzung aggressiver imperialistischer Aussenpolitik, einer Politik die Kriege führt und große Kriege vorbereitet (Stichwort China) und zugleich den autoritären Sicherheitsstaat ausbaut und aushärtet faschistischer Kräfte bedarf ?!

Diese Gefahr besteht meiner Meinung nach aktuell nicht. Die Grünen im Verbund mit der SPD übernehmen diese reaktionäre Aufgabe mit Bravour, FDP und CDU/CSU assistieren dies absichernd und staatsmonopolistisch tragend innerhalb und ausserhalb der Regierung.

Die Ruhe an der Heimatfront scheint gesichert. Ich betone das Wort „scheint“.

Was wir aktuell erleben und erleiden ist die Ausgestaltung dessen, was der Faschismusforscher Reinhard Opitz das monopolkapitalistische Integrationsproblem nennt.

Opitz hat sich sehr verdient gemacht für eine zeitgemäße antifaschistische Strategie. Er hat häufig bei der VVN referiert und manchem linksradikalen Heißsporn der 68er Bewegung die Leviten gelesen.

Opitz setzt an zwei historischen Entwicklungen an. Da ist zum Einen das, was man heute populär die Herrschaft der 1% nennen würde. Die Eigendynamik kapitalistischer Konzentrationsprozesse entwickelt eine, so Opitz

„immer engere Verflechtung von monopolistischer Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, und erfordert in zunehmendem Maße deren funktionel-

les Ineinandergreifen auf der Basis des monopolkapitalistischen Gesamtinteresses.“

Die engen Verdrahtung mit der Ministerialbürokratie und anderen staatlichen Stellen sichert Zugang zu Informationen, „Sachwissen“ und „Übersicht“ und sichert die Vormachtstellung gegenüber den von diesem Besitz weitgehend abgeschnittenen Parlamentariern deutlich.

Die zweite im Zusammenhang damit zu sehende historische Entwicklung ist, so Opitz, die von der an Kraft und Umfang gewachsenen Arbeiterklasse erzwungene

„Ausdehnung des anfangs nur auf vermögende Schichten beschränkten Wahlrechts auf alle — d. h. die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Damit bietet sich der Arbeiterklasse als Majorität im Verein mit anderen nichtkapitalistischen Schichten die Möglichkeit, das Majoritätsprinzip der bürgerlichen Demokratie, das ursprünglich als Instrument zur Entscheidungsfindung innerhalb der besitzenden Schichten konzipiert war, für sich selbst in Anspruch zu nehmen. Zumindest potentiell besteht dadurch für das Großkapital als zahlenmäßig extrem kleine Minderheit jederzeit die Gefahr, von der Majorität überstimmt zu werden.

Seitdem lautet das innenpolitische Grundproblem für den Monopolkapitalismus: Wie gelingt es, daß eine ausschließlich an den objektiven Klasseninteressen der monopolkapitalistischen Minderheit orientierte Politik, die immer größere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens regulieren muß, die subjektive Zustimmung der zur Wahl zugelassenen nichtmonopolistischen Majorität findet und somit im Rahmen eines formaldemokratischen Herrschaftssystems durchgeführt werden kann?

Die gängige Antwort besteht in dem Versuch, eben unter Ausnutzung der Veränderbarkeit des subjektiven Bewusstseins sich aller zur Verfügung stehenden Hebel zu bedienen, um das subjektive Bewusstsein der nichtmonopolistischen Schichten so weitgehend wie nur möglich von der Einsicht in ihre objektiven Interessen abzuziehen, mit dem Ziel, ihnen die dem Monopolkapital dienende jeweilige Politik als Ausdruck ihres eigenen Interesses erscheinen zu lassen. Dabei kommt dem Monopolkapital zustatten, daß schon die gesellschaftliche Wirklichkeit selbst das Bewusstsein verfälscht: Die kapitalistische Wirklichkeit fördert zuallererst kapitalistisches Denken.“

Diese Bewusstseinsverfälschung sicherzustellen ist Kernaufgabe des Herrschaftsapparats und der mit ihr verwobenen Medienindustrie.

Hier geht es nicht um platte Manipulation. Angesetzt wird an dem, was die Leute selbst meinen zu sehen oder erkannt zu haben. Alte Gewissheiten, wie „jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“, der „Traum vom sozialen Aufstieg“, der „Lebensglückfüllung im Privaten“.

All das platzt heute wie Seifenblasen angesichts der multiplen Krisen. Betroffen sind große Teile der Arbeiterklasse, aber auch die Mittelschichten. Opitz würde von „nicht-monopolistischen Gruppierungen“ sprechen.

Die Verarbeitung der Krisenerfahrungen im Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten – das ist eine Schlüsselfrage für die Herrschenden und ebenso für die antifaschistische Bewegung.

Es ist ein Kampf um die Köpfe und Herzen. Klara Zetkin hat dies schon 1923 in ihrer großen Faschismus-Rede vor dem EKKI so formuliert. Sie wies darauf hin das der Faschismus kein monolithischer Block sei.

„Wir müssen mit größer Energie den Kampf aufnehmen nicht nur um die Seelen der Proletarier, sondern auch um die Seelen der Klein- und Mittelbürger, der Kleinbauern, Intellektuellen, kurz alle der Schichten, die heute durch ihre wirtschaftliche und soziale Stellung in wachsenden Gegensatz zum Großkapitalismus kommen und damit zum scharfen Kampf gegen ihn.“

Diese Aufgabe stellt sich heute in neuer Schärfe. Dazu müssen wir Fragen beantworten:

Zum Beispiel:

Wie gehen wir um mit Menschen im Einflussbereich von neuer Bewegungen und Strukturen, die sich zum Beispiel aus der Kritik und dem Widerstand gegen die Coronamaßnahmen entwickelt haben.

Wie mit den bis zu 20% Wählerinnen und Wählern, die ihr Kreuz bei AFD, Bürger in Wut und ähnlichen Parteien machen ?

In meiner Partei, aber auch in der VVN hier in NRW, und in anderen Bundesländern wird darüber intensiv diskutiert. Das ist gut so, denn es ist eine komplizierte und schwierige Fragestellung, die gelöst werden muss.

Um es noch einmal zu betonen Querfrontstrategien, wie sie von Elsässer und Co. Betrieben werden, muss eine deutliche Absage erteilt werden.

Zugleich, und das macht die Sache kompliziert, müssen wir das berücksichtigen wozu uns Klara Zetkin mahnt.

Opitz sagt dazu im gleichen Zusammenhang:

Es gibt kaum eine nichtmonopolistische Gruppierung, die von vornherein gegen Anfälligkeit für den Faschismus gefeit und daher für ihn uninteressant wäre. Es gibt somit auch keine, um deren Bewusstsein zu kämpfen sich die Antifaschisten aus irgendwelchen Gründen ersparen könnten.

Sein mahrender Hinweis:

Gerade diejenigen Schichten und Gruppen, bei denen ein Umschlagen ihres falschen Bewusstseins in faschistische Mentalität am ehesten zu befürchten ist, dürfen am wenigsten als Adressat der antifaschistischen Arbeit vernachlässigt werden. Ihnen muß besonders eindringlich und unermüdlich an konkreten Beispielen und Erfahrungen die Unvereinbarkeit des Faschismus mit ihren eigenen Interessen nachgewiesen werden.

Wie Notwendig und wie kompliziert das zugleich ist möchte ich an zwei konkreten Beispielen aufzeigen:

Beispiel 1: Handwerker für den Frieden

Insgesamt etwa 2.000 Menschen haben im September 2022 im sachsen-anhaltischen Dessau-Roßlau an einer Friedenskundgebung teilgenommen, zu der die Kreishandwerkerschaft Anhalt aufgerufen hatte. „Es ist eine der größten Demos der vergangenen Jahre in Dessau gewesen“, schrieb die „Mitteldeutsche Zeitung“. Die Handwerker fordern „Friedenspolitik statt Krieg, keine Waffenlieferungen an die Ukraine sowie den Stopp von Sanktionen“.

Viele Menschen seien in Handwerkerkleidung gekommen, so der MDR, aber auch ältere Menschen und Familien. In Dessau-Roßlau gebe es 850 Handwerksbetriebe mit etwa 5.000 Beschäftigten. Der Organisator Krökel, Kreishandwerksmeister aus Dessau-Roßlau wird im MDR mit den Worten zitiert: „Es geht gerade schon los mit einzelnen Betriebsschließungen, das trifft vor allem die Bäckereien sehr stark gerade. Das wird aber alle Branchen betreffen, selbst die, wo das Gas nicht so eine große Rolle spielt.“ Im Handwerk seien die aktuellen Probleme unter anderem bei der Lieferung von Ersatzteilen zu spüren.

Laut „Mitteldeutscher Zeitung“ kündigte Krökel an, ein bundesweites „Handwerker-für-den-Frieden“-Netzwerk

aufbauen zu wollen. „Das ist erst der Anfang. Das darf nicht das Ende sein, wenn wir Erfolg haben wollen“, wird Krökel zitiert. Zudem warb er für eine Online-Petition unter der Überschrift „Nord Stream 2 statt Gasumlage“.

Dessaus Kreishandwerkerschaft hatte sich Ende Juni in einem Offenen Brief gegen die Sanktionen ausgesprochen

Am 1. Oktober fand vor dem Berliner Fernsehturm eine Kundgebung der „Handwerker für den Frieden“ mit rund 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer statt. Die Kundgebung richtete sich vor allem gegen den Wirtschaftskrieg gegen Russland und warb für Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine. „Spiegel online“ erkannte darin eine „getarnte Demo Rechtsextremer“. Das geben aber die Bilder – trotz weniger Deutschland- und einer Pegida-Fahne – ebensowenig her wie die Hauptrede. Karl Krökel riet darin zum „selber denken“. Die Rede haben wir zum Nachlesen im Internet Blog unserer Partei-zeitung UZ veröffentlicht.

Auch spätere Kundgebungen der Handwerker sowie der von ihnen organisierte Friedenskongress in Dessau im April dieses Jahres, auf dem Rainer Braun vom internationalen Friedensbüro und die Publizistin Gabriele Krone-Schmalz sprachen vertraten ausschließlich das friedenspolitische Anliegen der Handwerker.

Dennoch wurde auf verschiedenen Internetplattformen oder auch vom MDR versucht, die Handwerker in die rechte Ecke zurück. Beinahe drollig das Interview des MDR mit dem als Rechtsextremismusexperten vorgestellten David Begrich vom Verein "Miteinander"

FRAGE: Sind bei "Handwerker für den Frieden" Verschwörungserzählungen aufgegriffen worden?

ANTWORT: Verschwörungserzählungen im klassische Sinne wurden nicht direkt angesprochen. Aber die Erzählung, die Energiekrise sei bewusst herbeigeführt worden, ist in diese Richtung ausdeutbar.

<Ich lass das mal so stehen>

Beispiel 2: In NRW gab es eine heftige Auseinandersetzung innerhalb der VVN und des Düsseldorfer Friedensforums

um die Zusammenarbeit mit friedenspolitischen Strukturen, an denen auch aus den Corona-Demos hervorgegangene Aktivistinnen und Organisationen wie die Partei DIE BASIS beteiligt waren. In NRW ist der friedenspolitische Sprecher von DIE BASIS der ehemalige Justitiar der Linkspartei.

Unter der Überschrift „Die Tür nach rechts bleibt zu“, die genannten Strukturen seien „rechts-esoterisch“ wurde von einem Teil der Mitglieder jede Zusammenarbeit abgelehnt

– obwohl die friedenspolitischen Forderungen nahezu deckungsgleich mit denen des Ostermarschs waren.

Es lohnt sich die Partei die Basis genauer anzusehen?

Zuerst einmal sehen wir die Frontleute. In NRW wie gesagt ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der Linkspartei. Ansonsten eine bunte Mischung.

Eine Untersuchung der Heinrich Böll Stiftung für Baden Württemberg, dem „Gründungsland“ der Partei Die Basis, stellt fest:

„Die allermeisten Kandidat*innen und Funktionär*innen weisen keine oder keine bekannte rechte Polit-Biografie auf. Ein partei-politisches Vorleben findet sich eher bei Grünen, Linkspartei oder anderen nicht-rechten Parteien.“ Die Böll Studie nennt hier z.B. Martin Heipertz aus Kelkheim (Taunus). Er war ursprünglich Mitglied im Bundesvorstand der Werte-Union und der CDU

Fazit und Ausblick der BöllStudie:

„Die Partei fungiert als Sammelbecken, auch für im Zuge der Corona-Krise Neupolitisierte und Protest-Wähler*innen. Sie übernahm Inhalte der Straßenbewegung und so wurde die Partei dieBasis zum parlamentarischen Arm der Bewegung der Pandemie-Leugner*innen.“

Die Böll Studie weiter:

„Um es noch einmal deutlich zu betonen: Die Partei-Neugründung dieBasis ist keine genuin extrem rechte Partei. Ausweislich ihres Programms ist die Partei weder nationalistisch noch konservativ.“

Was bleibt ist der Vorwurf „parlamentarischer Arm“ der Pandemie-Leugner zu sein

Es gibt einige Untersuchungen zu dieser Bewegung.

Interessant die Ergebnisse des „Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) der Uni Düsseldorf aus 2021:

Parteipolitisch habe die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen bislang nicht von den sogenannten Anti-Corona-Protesten profitieren können: Weder der AFD noch extrem rechte Splitterparteien sei es bisher erkennbar gelungen, sich an die Spitze solcher Proteste zu setzen oder die eigene Anhängerschaft durch Protestteilnahme in nennenswertem Ausmaß zu vergrößern. Ebensowenig seien Effekte bei den Kommunalwahlen im September 2020 zu verzeichnen gewesen.

Differenzierte Einblicke liefert auch eine Studie der Uni Basel2 im süddeutschen und Schweizer Raum: Sozialstrukturell handele es sich um eine alte und akademische Bewegung. Das Durchschnittsalter der Umfrageteilnehmer:innen beträgt 47 Jahre, ein Drittel haben Abitur und einen Studienabschluss. Der Anteil Selbständiger ist mit 25% deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung.

18% haben zuletzt die Linke und 23% die Grünen gewählt.

Fremden- oder islamfeindliche Haltung sei nicht festzustellen.

Der Nationalsozialismus werde seltener verharmlost als in der Gesamtbevölkerung. Eine große Mehrheit will es Menschen aus anderen Ländern erlauben, ins Land zu kommen und dauerhaft hier zu leben. Mehr als 70% seien gegen eine Privatisierung der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen, nur 28% gegen die Umverteilung der Einkommen. Die Befragten vertrauten der parlamentarischen Demokratie, den Medien und der Wissenschaft nicht bzw. nicht mehr. In der Zivilgesellschaft, in Vereinen und in anderen Organisationen seien sie jedoch aktiv und verhalten sich in ihrer Lebensführung durchaus politisch. Viele von ihnen seien neu-politisiert, fast die Hälfte von ihnen haben in der Vergangenheit noch an keinem anderen Protest teilgenommen.

Wie passen diese Ergebnisse mit der verbreiteten Wahrnehmung zusammen, die der Bewegung eine unkritische Nähe bis hin zur Verbundenheit zur rechten und Neonazi-Szene vorwerfen ?

Hinweise dazu gibt auch hier die Studie der Uni Basel:

„Die Entfremdung von der industriell geprägten und durchrationalisierten Hypermoderne zeigt sich nicht nur in der Skepsis gegenüber ihren Institutionen, wie z.B. den Parteien, sondern auch bezüglich einer romantisch inspirierten Hinwendung zu ganzheitlichen, anthroposophischen Denkweisen, dem Glauben an die natürlichen Selbstheilungskräfte des Körpers, Forderungen nach mehr spirituellem Denken und dem Wunsch, Schulmedizin und alternative Heilmethoden gleichzustellen.“

Die Bewegung gleicht in Vielem denen der bürgerlichen Lebensreformbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts, die die Zumutung der Verstädterung und der Industrialisierung mit der individuellen Flucht in alternative Lebensformen beantwortete. Die spätbürgerliche Ideologie, auf denen die Lebensreformbewegung wurzelt bildete den Flickenteppich der in den 1920er Jahren aufkommenden Anthroposophie. , liefert aber auch Versatzstücke für die Anfang des 20 Jahrhunderts sich herausbildenden faschistischen Bewegungen

Übrigens:

Die bürgerliche Lebensreformbewegung und verwandte Weltanschauungen gehören auch zu den Quellströmungen bei der Herausbildung der GRÜNEN.

Übrigens hatten die Grünen in ihrer Gründungsphase mit der Parole: Nicht links, nicht rechts sondern vorne überhaupt keine Probleme erreaktionäre und profaschistische Persönlichkeiten an ihrer Spitze zu haben.

Bei der Partei DIE PIRATEN können wir ähnliches beobachten.

Laut Baseler Studie ist „die Bewegung der Querdenker:innen vor allem durch eine tiefe Entfremdung von Kerninstitutionen der liberalen Demokratie“ charakterisiert. Der parlamentarischen Politik und den Parteien, der Wissenschaft und den Medien – allen Institutionen schlage großes Misstrauen entgegen.

Soweit die beiden Beispiele. Sie sollten deutlich machen:

Die „Entfremdung“ und das „Misstrauen“ hat durchaus reale Füße. Ebenso die Abstiegsängste der Mittelschichten, aus denen ein hoher Anteil der Gefolgsleuten der Bewegung stammen. Es sind zugegeben „verquere“ Reflex auf multiple Krisen des neoliberalen Systems.

Ich hatte zu Beginn Clara Zetkin zitiert:

„Wir müssen mit größer Energie den Kampf um die Seelen der Klein- und Mittelbürger aufnehmen“ und auch Opitz Mahnung:

„Gerade diejenigen Schichten und Gruppen, bei denen ein Umschlagen ihres falschen Bewusstseins in faschistische Mentalität am ehesten zu befürchten ist, dürfen am wenigsten als Adressat der antifaschistischen Arbeit vernachlässigt werden.“

Den dafür richtigen Ansatz sehe ich in den Thesen von Frieden-Links:

Wir wenden uns entschieden gegen eine „Abgrenzeritis“, die ohne Bezug auf eigene friedenspolitische Grundsätze erfolgt. Begriffe wie „rechtsoffen“ (auch „Querdenker“ als Schimpfwort oder der leichtfertige politische Todesstoß „Antisemitismus“) spiegeln nicht linke Denkungsart. Es sind Erfindungen von rechts, um die Bewegung zu spalten. Sie entfalten allerdings ihre Wirkung erst, wenn sie nicht nur „von außen“ den Bewegungen angeheftet werden, sondern sich auf eine „innere Zeugenschaft“ stützen können. Die wiederum arbeitet häufig mit Lügen wie gefälschten oder aus Zusammenhängen heraus gerissenen Zitaten oder indem sie willkürlich und fälschlich Ereignisse oder Äußerungen einander zuordnet, die nichts miteinander zu tun haben.

Wir wollen Organisationen und Parteien nach ihrer Programmatik und nicht nach kritikwürdigen Auftritten einzelner Protagonisten beurteilen. Willkommen sind alle, die ehrlichen Herzens für Frieden eintreten. Wer aber meint, Friedenskundgebungen in rechte Versammlungen ummünzen zu müssen, soll zu Hause bleiben.

Ein Weiteres sollten wir beachten:

Eine der Hauptfunktionen von rechtspopulistischen und faschistischen Parteien und Bewegungen ist die Kanalisierung von Protest in eine Richtung die den Herrschenden nicht schadet. Die ermöglicht, wie OPITZ sagen würde, „das subjektive Bewusstsein der nichtmonopolistischen Schichten so weitgehend wie nur möglich von der Einsicht in ihre objektiven Interessen abzuziehen“

Hervorragend geeignet dafür ist jede Form von Skandalisierung:

Bedrohungsszenarien von Flüchtlingswellen, Kriminalität arabischer Klans, die unsere Städte im Griff haben, Organisierter Sozialhilfebetrug rumänischer Banden-das ist nicht irgend ein krudes Zeug brauner Postillen. Im Gegenteil – es stammt aus der Mitte der Gesellschaft! Es ist Alltagsberichterstattung. Es sind Themen der Tagesschau, der Heute- Nachrichten zur Primetime.

Es ist die reale und brutale Wirklichkeit unseres Landes, es ist die tatsächlich erlebte Konkurrenz um einen Job, um die knappen Wohnungen, um die Kindergartenplätze - die gespiegelt wird. Das und vieles andere ist Ideologie und erlebte Realität unserer spätkapitalistischen Gesellschaft.

Rechtspopulisten, AFD und Co., aber auch SPD Politiker (Sarazin), CDU/CSU entwickeln daraus eine politische Agenda.

Das zeigt Wirkung auch in der Arbeiterklasse – vor allem bei den Teilen, die von Abstieg betroffen oder bedroht sind.

Das ist eine Erklärung für den Wahlerfolg von AFD und co oder aktuell der Partei Bürger in Wut in Bremen und vor allem Bremerhafen.

Und- was ist unsere Antwort darauf?

Keine Gespräche mehr weil „rechtsoffen“, „fremdenfeindlich“? Laut knallend „die Tür nach rechts bleibt zu“ ?

Sich an den Straßenrand stellen und „Nazis raus“ rufen ?

Das alles dürfte kein geeignetes Mittel sein, dagegen anzukommen.

Einen Schlüssel für eine geeignete antifaschistische Strategie liefern uns unsere Genossinnen und Genossen der PdA Belgiens.

Peter Mertens, einer der führenden Köpfe der PdA sagt dazu in einem Interview:

Wir haben gemerkt, dass die rechten Parteien wahnsinnig erfolgreich waren mit den Geschich-

ten, die sie erzählen. Die fangen bei ganz konkreten Dingen an und verallgemeinern das dann in Richtung einer allgemeineren imperialistischen Agenda. Aber sie beginnen mit kleinen Vorkommnissen, zum Beispiel Betrugsfällen, in denen Leute fälschlicherweise Sozialleistungen oder Behindertenaufschläge bekommen haben. Solche Geschichten schaffen es auf die Titelseiten. Und alle sagen dann, dass sie selber auch jemanden kennen, die auf illegale Weise vom sozialen Sicherungssystem profitiert hat. Und dann gibt es eine Linke – ich spreche jetzt von Belgien, aber ich denke, das ist weit verbreitet – die darauf mit Statistiken zur Ungleichverteilung und Einkommenstabellen antwortet, Sachen, die alle gut und schön sind, aber ganz abstrakt bleiben und emotional nicht ankommen. Diese Linke erreicht die Gehirne, aber nicht die Herzen. Wir müssen auch von links unsere Stories im echten Leben finden und erst von da aus allgemeiner werden.

Wir brauchen unsere eigenen Geschichten: Von der Rentnerin zum Beispiel, die im Monat 800 Euro Rente bekommt und 500 für ihre Miete bezahlt, sodass am Ende pro Tag zehn Euro bleiben. Dann können wir sagen: Es ist nicht nur Frau XY, die so lebt, sondern eine Millionen Menschen im Land, und zwar wegen der Politik in Belgien und der Politik in Europa. So verbindet sich die emotionale Seite der Geschichte mit der abstrakteren politischen Seite.

Von ähnliche Erfahrungen kann die KPÖ in Graz und Salzburg berichten, ebenso unsere DKP-Mitglieder in Bottrop, Gladbeck, Reinheim und anderen Gemeinden.

Das bestätigt auch, was Prof. Brinkmann und sein Team der TH Darmstadt bei gewerkschaftlich Aktiven gefunden hat.

Dessen Untersuchung ergab: Bei den prekär Beschäftigten lag der Anteil von AfD Sympathisanten bei 30%. „Da wo die Verunsicherung am größten ist und die Ohnmachtserfahrung vorherrscht, da gewinnt die AfD.“, so Prof. Brinkmann. Eigenes Versagen werde heute als individuelles Versagen gesehen, und nicht in Zusammenhang von den Prägungen durch gesellschaftliche Strukturen. In den letzten Jahrzehnten seien die Erfahrungen von Kollektivi-

tät verloren gegangen und eine langer Prozess der Erosion von kulturellem Selbstverständnis habe eingesetzt. In diese Verunsicherung stoße die AfD hinein: sie mache Deutungsangebote, z. B. werde der Verteilungskampf umgedeutet in einen Kampf zwischen Deutschen und Flüchtlingen. Die Gewerkschaften spielten eine eminent wichtige Rolle. Sie genießen nach wie vor ein berechtigtes großes Vertrauen. 85% aller Befragten wünschten sich eine offensivere und stärker konfliktorientierte Gewerkschaftspolitik. Das müssten sich die Gewerkschaften unbedingt vergegenwärtigen. Nur wenn sie kämpften, könnten sie diesen Vertrauensvorsprung behalten. Die Erfahrung kollektiven Handelns sei wichtig, das Gefühl gemeinsam etwas durchsetzen zu können. Nur so könne den Beschäftigten die Ohnmachtserfahrung genommen werden.

Grundsätzlich sei es ein Fehler, nicht mit denen zu reden, die die AfD wählen. Es sei falsch, sie einfach als Nazis oder Rassisten zu beschimpfen. „Dann machen die dicht und hören uns nicht mehr zu. Das sind ja nicht alles Nazis. Das sind Leute, die bei den letzten Wahlen oft noch Linkspartei oder SPD gewählt haben. Das ist das Problem wenn gesagt wird, das seien alles Rassisten: Dass man mit denen nicht mehr redet. Wir müssen mit denen reden, müssen ihnen zuhören, damit wir auf ihre Argumente eingehen können.“ Es gehe darum, Ursachen sozialer Konflikte aufzuzeigen und z.B. durch solidarisches Miteinander und Kampforientierung zu zeigen, dass Veränderungen durch Solidarität möglich sind.

Der kommunistische Traditionsbegriff dafür lautet Aktionseinheit. Sowohl „Aktion“ wie „Einheit“ der Arbeiterklasse ist schwach entwickelt. Ein günstiger Nährboden für rechte Rattenfänger. Das ändern zu wollen ist Kern kommunistischer Politik und bedeutet „Bohren an dicken Brettern“.

Es geht um das geduldige Wirken in der Klasse. Es geht dabei nicht um Stellvertreterpolitik, sondern um gemeinsames Eintreten für die eigenen Interessen. Im Wohngebiet, aber auch im Betrieb. Unsere Partei hat auf ihrem Parteitag im Frühjahr beschlossen, hier absolute Schwerpunkte zu setzen und die gesamte Organisation konsequent auf diese Aufgabenstellung auszurichten.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit